

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

## Rekordpleite in USA

Der zweitgrößte amerikanische Elektrizitätskonzern in Konkurs

### Zwei Milliarden Schulden

TU. Chicago, 14. April 1932.

Der Vorstand der „Insull Utility Investments Inc.“, einer Dachgesellschaft für eine Reihe amerikanischer Elektrizitätskonzerne, hat beschlossen, über das Vermögen der vor kurzem in Schwierigkeiten geratenen Gesellschaft die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen. Der Konzern verfügt über Buchwerte in Höhe von drei Milliarden Dollar gegenüber 650 Millionen Dollar nichtfunderter Schuldverpflichtungen. Diese Insolvenz ist die größte in der Geschichte der amerikanischen Volkswirtschaft.

Der Insull-Trust ist der zweitgrößte Elektrizitätskonzern Amerikas. Gerüchtweise verlautete bereits seit einiger Zeit, daß Schwierigkeiten bei ihm aufgetreten seien. Wohl niemand hat aber vermutet, daß diese einen derartigen Umfang haben und den Trust ernstlich bedrohen. Denn natürlich beschränkt sich der Zusammenbruch nicht auf die Dach-

gesellschaft, sondern greift auch auf die von ihr kontrollierten Gesellschaften über. Tatsächlich haben bereits eine Reihe dieser Unternehmungen ebenfalls Konkursverfahren beantragt, worunter die bedeutendste Tochtergesellschaft, die Middle West Utilities Co.

Der Zusammenbruch des Trusts bedeutet für Amerika einen neuen, gewaltigen Erdbeben. Die große Pleitewelle, die bereits verhebt sehen „kommt“ erneut ins Rollen, und zwar — darauf deuten alle Umstände — mit noch ungleich größerer Wucht als bisher. Waren es bisher in der Hauptsache nur die kleinen und mittleren Unternehmungen, die ins Gras beißen mußten, so scheint jetzt die Reihe an den großen und allergrößten zu sein. Der Zusammenbruch des Insull-Trusts könnte darum sehr wohl schon in nächster Zeit durch eine noch massivere Pleite übertrifft werden. Jedenfalls verzeichnet die Geschichte des Kapitalismus einen neuen schwarzen Tag.

### Berlin bittet bei Brüning

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn hat mit dem Reichskanzler kurz vor dessen Abreise nach Genf eine Unterredung gehabt, in der Sahn darauf hinwies, daß die Reichshauptstadt am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sei, wenn die Regierung an die Stadt Berlin das Ausmaß stelle, die Lasten für die Wohlfahrtsunterstützungen auch in Zukunft wie bisher zu tragen. Dr. Sahn erinnerte noch einmal an die Zusage der Regierung, eine „Neuregelung des Unterstützungswesens“ vorzunehmen. In der jetzigen Form könnte der städtische Haushalt nicht weiter geführt werden.

Auch dieser Fall ist charakteristisch für die gesamte sozialdemokratische Politik, da diese konsequent den Weg des geringsten Widerstandes beschritt und den Kampf statt auf Sozialismus auf Sozialpolitik ausgerichtet hat, muß sie jetzt als Ergebnis den völligen Zusammenbruch der Gemeinden registrieren und sich auf Bittgänge zu Brüning beschränken.

### „Rote Fahne“ erneut verboten

TU. Berlin, 14. April 1932.

Der Polizeipräsident hat die kommunistische Tageszeitung „Rote Fahne“ wegen Beleidigung und Verächtlichmachung des Reichspräsidenten für drei Tage verboten.

### Es wird wieder geschoben

TU. Düsseldorf, 15. April 1932.

Der Stelle für Devisenbewirtschaftung Düsseldorf ist es gelungen, erhebliche Effektschiebungen aufzudecken. Es besteht der dringende Verdacht, daß hochwertige deutsche Wertpapiere (I. G. Farben-Aktien, Reichsbankanteile und Reichsbahnaktien) im Betrage von mehreren Millionen Reichsmark im Laufe der letzten Zeit aus dem Auslande nach Deutschland hereingebracht und an verschiedene kleinere Banken im Rheinland unter Verwendung von Strohmännern veräußert worden sind. Der Erlös dafür ist unberechtigt ins Ausland geflossen. Die Angelegenheit ist bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Der frühere Prokurist eines hiesigen Bankhauses, der nach zeitweiligem Aufenthalt in Holland sich wieder in Düsseldorf niedergelassen hatte, sowie einer seiner Strohmänner konnten bereits verhaftet werden. Vermögenswerte der Beschuldigten sind beschlagnahmt worden. Die Ermittlungen, die sich bis nach Berlin erstrecken, werden eifrig fortgesetzt.

## Weitere Enthüllungen über Kreuger

Doppelte Beileihung von Grundstücken —  
Die gefälschten italienischen Obligationen aufgefunden

Stockholm, 15. April 1932.

„Svenska Dagbladet“ gibt das Gerücht wieder, die Arbeit der Untersuchungskommission des Kreuger-Konzerns habe zu dem aufsehenerregenden Ergebnis geführt, daß außer den großen Betrügereien mit italienischen Staatsobligationen eine doppelte Beileihung von Grundstücken in Höhe von etwa 100 Millionen Kronen stattgefunden hat, und zwar von Grundstücken in Deutschland. Ivar Kreuger besitzt u. a. wertvolle Grundstücke im Zentrum von Berlin.

Auch das der Regierung nahestehende Organ „Svenska Morgenbladet“ erfährt heute „aus sicherer Quelle“, daß Kreuger Grundstückshypothenken im Werte von über 100 Millionen Kronen doppelt beliehen habe. Diese Hypothenken beziehen sich angeblich nicht auf den großen schwedischen Grundstücksbesitzer von Ivar Kreuger, der in der A. B. Hufvudstadten verwaltet wird, sondern auf die Berliner Grundstücke (hauptsächlich Unter den Linden und Wilhelmstraße), die in der Inflationszeit in Kreugerbesitz übergingen. Die Machenschaften sind nach „Svenska Morgenbladet“ so zugegangen, daß Kreuger die hypothekarischen Wertpapiere verfälschte und später bei verschiedenen Kreditinstituten belieh.

\*

Stockholm, 15. April 1932.

Nach den heutigen schwedischen Presse-meldungen besteht kein Zweifel mehr darüber,

daß Ivar Kreuger tatsächlich italienische Staatsobligationen im Werte von weit über 300 Mill. Kr. hat drucken lassen. Die Obligationen wurden in einem geheimen Gewölbe gefunden und sind nach einer Mitteilung von „Dagens Nyheter“ auf schwedischem Papier gedruckt. Nach der gleichen Quelle ist einer der Unterschriftenamen auf verschiedene Weise geschrieben. Die italienischen Obligationen sind angeblich nicht als Bankkapital verwendet und auch nicht unter der Aktiva aufgeführt worden. Ihre eigentliche Aufgabe soll darin bestanden haben, bei den Kreditverhandlungen als stille Reserve zu dienen. Kreuger soll bei Gesprächen und Verhandlungen darauf hingewiesen haben, aber stets unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit, die er mit den großen politischen Interessen begründete, die auf dem Spiele ständen.

„Dagens Nyheter“ fordert im heutigen Leitartikel das Einschreiten der schwedischen Kriminalpolizei.

### Frankreich fürchtet große Verluste

TU. Genf, 15. April 1932.

Die Gerüchte über die italienischen Obligationen, die in dem Finanzzusammenbruch des Kreuger-Konzerns eine Rolle spielen sollen, sind in hiesigen unterrichteten Kreisen allgemein bekannt geworden und werden dahin bewertet, daß aus diesen Machenschaften ein

Finanzskandal von größtem Ausmaß zu erwarten ist. Gleichfalls sind hier die Mitteilungen über Verluste französischer Banken durch den Zusammenbruch des Kreuger-Konzerns bekanntgeworden, jedoch über-treffen die Verluste der französischen Banken nach Auffassung unterrichteter Finanzkreise weit alle bisher bekanntgewordenen Angaben und Zahlen und haben zu einer schweren Schädigung gewisser französischer Banken geführt.

### Um das Zündholzmonopol für Litauen

TU. Stockholm, 15. April 1932.

Nach einer Pressemeldung beabsichtigt Litauen, falls bis zum 1. Mai nicht der Rest des schwedischen Monopoldarlehnens bezahlt wird, das Zündholzmonopol an ein nationales litauisches Konsortium zu überlassen.

### Zusammenstöße in Klagenfurt

TU. Wien, 14. April 1932.

Wie aus Klagenfurt gemeldet wird, ist es am Mittwochabend zwischen Nationalsozialisten und Schutzbündlern zu zahlreichen Zusammenstößen gekommen, bei denen ein Nationalsozialist einen Revolvererschuß abgab, durch den ein Schutzbündler am Fuß verletzt wurde. Durch Steinwürfe wurden sowohl Nationalsozialisten wie Schutzbündler verletzt. Landjäger trennten die Streitenden.

### Neuer Einigungsvorschlag im Bergarbeiterstreik in Brück

TU. Prag, 15. April 1932.

Am Freitag kam es nach mehrtägigen Verhandlungen im Prager Arbeitsministerium zu einer Einigung im Brüxer Bergarbeiterstreik. Die wichtigsten Bestimmungen des Einigungsprotokolls sind: Die Einstellung des Betriebes der Grube Humboldt wird bis Ende 1932 vertagt. Neue Bergarbeiter werden grundsätzlich nicht aufgenommen. Die Zahl der Arbeiter wird nur durch natürlichen Abgang, wie Tod, Pensionierung und dergl. herabgesetzt. Ende 1932 darf der Stand der Belegschaft nur dann in großem Umfange herabgesetzt werden, wenn eine Schicht nicht einmal drei Tage in der Woche voll beschäftigt ist. Die endgültige Entscheidung über solche Entlassungen trifft das Bergamt. Den streikenden Arbeitern wird ein Generalpardon gewährt, von dem nur solche Arbeiter ausgeschlossen sind, die sich am 18. April nicht zur Arbeit melden oder die sich Gewalttätigkeiten zuschulden kommen ließen.

Die Vertreter der Gewerkschaften und die Arbeitgeber erklärten sich mit diesen Bedingungen einverstanden. Die Kommunisten verweigerten die Unterzeichnung. Am Sonntag finden gesonderte Beratungen der einzelnen Bergarbeiterverbände statt, von denen die Genehmigung des Vertrages und die Einstellung des Streiks abhängt.

Der Bergarbeiterstreik in Mährisch-Ostau hat sich seit dem 15. April vermehrt. Von 30 Gruben des Reviers sind 14 vom Streik betroffen. Im ganzen streiken 3400 Mann.

## Volksentscheid in Sachsen

Die sächsische Sozialdemokratie in Verlegenheit

Die sächsische Sozialdemokratie befindet sich zur Zeit in einem Stadium hilflosester Verlegenheit. Traditionsgemäß sich von der Bruderschaft im Reiche noch durch einige rote Federn unterscheidend, sieht sie sich heute genötigt, auch diese Attribute abzulegen und ganz offen in denselben selbstmörderischen Kurs einzuschwenken, den der sozialdemokratische Parteivorstand nun seit Jahren mit sturer Konsequenz im Reiche steuert. Die Fabrikanten dieser Verlegenheit sind die Kommunisten mit ihrer Aktion für die Auflösung des sächsischen Landtages auf dem Wege eines Volksentscheides. Damit soll einmal den eigenen Mitgliedern eine Aktion vorgeschrieben werden und zum andern will man den großen Parteien des Landtags einen Knüttel zwischen die Beine werfen, über den namentlich die Sozialdemokratie stolpern muß. Diese steht nämlich zu der gegenwärtigen Regierung Schieck in einem mehr als eigenartigen Verhältnis. Obwohl schon vor bald zwei Jahren mit sozialdemokratischer Hilfe gestürzt, amtiert die Regierung Schieck als sogenanntes Geschäftskabinetts ruhig und ungestört weiter und hat sogar den Erfolg zu buchen, daß dieselbe Sozialdemokratie, die zuvor die Hand zu ihrem Sturze geboten hatte, ihr zum erstenmal den Etat bewilligte, ohne dafür auch nur irgendeine nennenswerte Konzession eingetauscht zu haben. Auch die Tatsache, daß die Schieck-Regierung sich von dem Brüning-Kabinetts allenfalls nur durch einen derberen faschistischen Einschlag unterscheidet, hielt die sächsische Sozialdemokratie von so viel Duldsamkeit gegenüber Schieck nicht ab. Mächtig man aber auf diesen Widerspruch zwischen dem, was die SPD-Opposition im Reiche forderte und was sie im eigenen Lande als richtig befand, aufmerksam, so wurde jeweilig prompt der Nachweis geführt, daß die Regierung Schieck in Sachsen gar nicht von der Sozialdemokratie gestürzt werden könne, da sie nur eine geschäftsführende Regierung ist, seit sie durch die Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag gestürzt wurde.

Eine derartige Argumentation war schon immer kurios. Trübe sie ins Schwarze, so würde beispielsweise die Sozialdemokratie im Reiche den Forderungen der sächsischen Opposition durchaus Genüge getan haben, wenn sie zwar Brüning als Leiter eines politischen Kabinetts den Fehdehandschuh hingeworfen, mit demselben Brüning als Leiter eines Beamten-Kabinetts aber sofort die Friedenspfeife angezündet hätte. Damit mag allenfalls auf jene Eindruck gemacht werden, die sich keine Vorstellung von dem Charakter einer „geschäftsführenden Regierung“ zu machen vermögen oder die aber der Meinung sind, daß ein solches Kabinetts alle politischen und sozialen Mängel abgestreift habe und die Neutralität selbst sei. Das wäre nicht nur eine unstatthafte Idealisierung des Kabinetts Schieck, sondern es wäre darüber hinaus nachweisbar das gerade Gegenteil der Wahrheit. Tatsache ist, daß der gestürzte Schieck von dem nicht gestürzten sich in nichts unterscheidet und daß alle Gründe, die die Sozialdemokratie zu dessen Sturz veranlaßten, fortbestehen. Im Gegenteil: der Kurs Schiecks ist, so möglich, noch um einen Grad faschistischer freundlicher geworden. Wohl keine faschistenreine Regierung befand sich darum bisher auch so im ungetrübten Genusse faschistischer Sympathien wie die Regierung Schieck. Der Zustand für diese ist allerdings nicht gerade unangenehm. Schieck ist ein treuer Hüter der faschistischen Interessen, ohne daß aber die Faschisten zugleich für seine Notverordnungen, die täglichen weitgehenden Eingriffe in die Gemeindeverwaltungen, die Subventionen an die Privatwirtschaft, den Abbau der Löhne und Gehälter, kurz für alle Mißsetzungen, die täglich und stündlich an den Massen begangen werden, verantwortlich gestellt werden können. Man kann sich denn auch lebhaft vorstellen, daß die Faschisten die ihnen von den Kommunisten mit dem Volksbegehren servierte Speise etwas recht salzig gefunden und einige Tage gezögert haben, sich an den rot gedeckten Tisch zu setzen. Nur die Einsicht, daß Neuwahlen das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verbessern werden, hat die Nationalsozialisten schließlich dazu bestimmt, das „rote Volksbegehren“ mit einem schwarzweiß-roten zu verbinden und ihm so den Erfolg zu sichern.

Ganz anders natürlich die Sozialdemokratie. Vor ihr erhebt sich nur allzu sichtbar die erschreckende Wahrheit, daß Neuwahlen auch im Freistaat Sachsen jene Massenflucht der Wähler bestätigen, die wir schon aus all den bisherigen Wahlen seit dem 14. September 1930 kennen. Ihr kommen daher Neuwahlen alles andere als gelegen und so erregt es auch weiter kein Staunen, daß sie den kommunistischen Volksentscheid in Grund und Boden verurteilt. Sie erweist sich sogar als die meist fanatische Bestreiterin der kommunistischen Aktion und erhebt sich damit indirekt zu der leidenschaftlichsten Verteidigerin des von ihr gestürzten Kabinetts Schieck. Das ist ein derartiger Treppenwitz der Weltgeschichte, daß die So-

## Freiwillige Auflösung des Reichsbanners?

In der Vordrachen Zeitung lesen wir folgende Notiz:

„Der Bundesvorstand des Reichsbanners tritt am 26. April zusammen, um sich mit der veränderten Lage zu beschäftigen, die durch die Auflösung der SA-Formationen geschaffen ist. Wenn die Auflösung der SA vollendete Tatsache ist, kann und wird eine entsprechende Umbildung des Reichsbanners erfolgen.“

Diese Meldung ist in hohem Maße geeignet, die Auflösung der Hitlerschen Privatarmee in ein neues Licht zu rücken. Die Vermutung liegt nahe, daß die sogenannte „Umbildung des Reichsbanners“, die praktisch bestenfalls auf ihre Zurückführung in einen jeder Bedeutung entbehrenden republikanischen Verein hinauslaufen würde, entweder ein Kompensationsobjekt für den Beschluß des Reichskabinetts bildet oder aber daß das Reichsbanner freiwillig durchführt, was ihm bereits angedroht worden ist. Seit dem SA-Verbot schreit die gesamte Reaktions-Presse — namentlich auch die dem Reichswehrministerium nahestehende — immer frenetischer nach einem Verbot des Reichsbanners, womit offenbar nur eine Meinung ausgedrückt wird, die im Schoße der Reichsregierung einflußreiche Vertreter hat.

Eine starke Stütze findet diese Mutmaßung auch in einer soeben veröffentlichten Äußerung der bayerischen Regierung, die bekanntlich am energischsten für das SA-Verbot eingetreten ist. Darin wird nämlich zum Schluß gesagt:

„Im übrigen war es immer die Auffassung der bayerischen Staatsregierung, daß alle militärähnlichen Organisationen politischer Vereinigungen mit dem Wesen der Staatsautorität unvereinbar sind.“

Damit ist ganz klar ausgesprochen, daß der bayerischen Regierung das SA-Verbot allein nicht genügt und daß sie verlangt, daß auch das Reichsbanner der Auflösung verfallt. In diesem Zusammenhang erregt es dann wohl auch keine Verwunderung mehr, daß Groener plötzlich Feuer und Flamme für das SA-Verbot war. Ihm bot sich daraus eine willkommene Gelegenheit, endlich auch mit dem ihm, wie man weiß, sehr verhassten Reichsbanner Schluß zu machen.

## War das Reichskabinetts einstimmig?

Die Kabinettsitzung über das SA-Verbot.

Entgegen der amtlich verbreiteten Feststellung, wonach die Beschlußfassung über das Verbot der Hitlerschen Privatarmee im Reichskabinetts einstimmig erfolgt sei, werden wir von informierter Seite darauf hingewiesen, daß eine Abstimmung über diese Frage überhaupt nicht vorgenommen worden ist. Die amtliche Version ist nur insoweit richtig, als sich Widerspruch gegen die vom Innenminister Groener vertretenen Auflösung der SA und SS nicht erhoben hat.

Dagegen haben sich zwei der anwesenden Reichsminister — die Herren Professor Warmbold (Wirtschaft) und Schiele (Reichsernährung) — an der politischen Debatte überhaupt nicht beteiligt. Sie haben sich weder für, noch gegen die Notverordnungsmaßnahme ausgesprochen.

Nach Erlaß der Notverordnung hat, wie wir hören, der General von Schleicher sich im höchsten Maße erbittert über das Verbot ausgesprochen. Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie v. Hammerstein, dagegen hat das Verbot befürwortet.

zialdemokratie Sachsens dem öffentlichen Gelächter anheimfallen müßte. Sicher hat es sich Schieck niemals träumen lassen, daß just jene sich schützend vor ihn stellen werden, die ihn in bitterstem Hader einmal von der politischen Bühne gestoßen haben, und denen er noch niemals etwas zullebe, wohl aber alles zu leide getan hat. Damit hat die sächsische SPD gegenüber Schieck dieselbe Stellung bezogen wie die SPD im Reiche gegenüber Brüning, gegen die sie — in letzter Zeit ist der Einspruch allerdings vollkommen verstummt — sich fortwährend zur Wehr setzte. Dieser Widerspruch hat seinerzeit, als noch das Volksbegehren lief, Heilmann bereits Anlaß gegeben, giftigsten Spott über die sächsische SPD auszuüben, die in Sachsen dasselbe tut, was sie im Reiche angeblich verurteilt. Offenbar um die Anhängerschaft über die eigene Verlegenheit hinwegzutäuschen, erhebt die sächsische SPD jetzt das wütendste Geschrei gegen alle, die wie für das Volksbegehren, jetzt auch für den Volksentscheid eintreten, obwohl diese doch nur konsequent den Weg weitergehen, den die sächsische SPD mit dem Sturz der Regierung Schieck begonnen hat.

## Groener entschuldigt sich bei den Nazis

TU. Berlin, 15. April 1932.

Der von Reichsminister Groener an Rechtsanwalt Dr. Frank II gerichtete Brief hat folgenden Wortlaut:

„Ihrem Wunsche entsprechend sende ich Ihnen die Mappe mit den Legalitätserklärungen von Führern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die Sie mir zusammen mit Herrn Hauptmann Göring übergeben hatten, ergebenst zurück. Ich glaube, daß es all diesen Herren mit ihrem Willen zur Legalität durchaus ernst ist (!!), aber dieser Wille und diese Erklärungen genügen nicht, wenn die Partei sich nicht von Dingen befreit, die ihrem Wesen nach illegal sind. Es ist auf die Dauer ein mit der Staatsautorität nicht zu vereinbarenden Zustand, daß die Partei eine

militärisch organisierte Sonderarmee unterhält, deren Führer, meist alte Offiziere, gerade in dem Bestreben, militärisch weiter zu arbeiten, Besonderes zu leisten, diese notwendigerweise mit der Führung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen müssen. Eine solche Organisation wird eines Tages die Partei in die Illegalität reißen. Die Legalität der Nationalsozialistischen Partei wird daher erst dann als eine wirkliche und uneingeschränkte betrachtet werden können, wenn sie von allen derartigen Belastungen befreit ist.“

Herr Groener glaubt an die Legalitätserklärungen der Hitler u. Co. — Wo glaubt man das?

## Nazibeamte bleiben

TU. Berlin, 15. April 1932.

Es ist behauptet worden, daß die Frage der Einleitung von Disziplinarverfahren gegen nationalsozialistische Beamte von Reichs wegen geregelt werden dürfe. An zuständiger Stelle wird eine derartige Maßnahme als höchst unwahrscheinlich bezeichnet. Jedenfalls sei von derartigen Absichten nichts bekannt.

## Gemeindearbeiter rüstet zum Kampf!

„Lohnabbau aus Fahrlässigkeit“

Einer Meldung des Gesamtverbandes im „Vorwärts“ entnehmen wir:

„Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern zwischen dem Reichsarbeitsgeberverband kommunaler Betriebe und den Tarifgewerkschaften Verhandlungen statt über den Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner, der bekanntlich von den Gemeinden gekündigt worden war. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der eine Verlängerung bis zum 30. Juni d. J. erfolgen soll.“

Ueber die gleichfalls gekündigten Lohnsätze kam indessen eine Einigung nicht zustande. Die Gewerkschaften verlangten eine Zurücknahme der Kündigungen und Verlängerung der Lohnsätze auf bezirklicher Grundlage. Die Gewerkschaften verwiesen auf die im August des Vorjahres getroffene freie Vereinbarung, wonach die Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 als abgeholten anzusehen seien, vorausgesetzt, die Reichsregierung erhebe gegen die Vereinbarung keinen Einspruch.“

Damit steht die Frage des Lohnabbaues in aller Schärfe. Ganz offensichtlich sollen die Gemeindearbeiter die nächsten sein, wo nach dem Stegerwald-Rezept der Lohn „angehlichen“, d. h. wiederum rücksichtslos abge-

baut werden soll. Die Sachlage ist also klar. Es gibt nur die Entscheidung: Kampf oder widerstandslose Unterwerfung. Statt dazu Stellung zu nehmen, führt die Leitung des Gesamtverbandes im „Vorwärts“ wehmütige Klage über die „Illoyalität“ des Reichsarbeitsministeriums. Es heißt da zum Schluß:

„Ob man die Gemeindearbeiter mit Absicht brüskiert hat — und nicht nur einmal — wollen wir nicht behaupten. Aber wenn es sich auch nur um eine Fahrlässigkeit (II) handelt, eine nochmalige Lohnkürzung unter Berufung auf die Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 ist heute einfach unmöglich. Es wäre allerhöchste Zeit, die Angelegenheit jetzt endlich zu begraben.“

Lohnabbau aus „Fahrlässigkeit“! Sollten die Gemeindearbeiter mit so lächerlichen Mätzchen von der notwendigen Kampfverbreitung abgelenkt werden? Nein, hier gibt's nichts zu diskutieren. Hier heißt es zu handeln. „Keinen Pfennig Lohnabbau — oder Streik! Das muß die Lösung in allen Gemeindebetrieben sein. Nur wenn so die Massen zum Kampf mobilisiert werden, wenn die Regierung und die Gemeindeverwaltungen wissen, daß die Gemeindearbeiter bestimmt mit Streik antworten, werden sie zum Nachgeben gezwungen.“

## Querulanten

Kritik, auch wenn sie vom Gegner kommt, ist jeder Partei nützlich, wenn diese Kritik nicht auf bewußten Entstellungen oder reiner Buchstabenreiterei beruht, sondern auf das Wesen der Sache eingeht. Das kann man aber von Kritiksterei, die von der KPDO-„Theoretikern“ in der „Arbeiterpolitik“ gegenüber der SAP beliebt wird, nicht sagen. Sie haben nun einmal ihre „These“ von der „konterrevolutionären Rolle der SAP“, der „USP-Nachgeburt“ usw. Die Richtigkeit ihrer These glauben sie jeden Tag aufs neue beweisen zu müssen. So sitzen sie denn, wie gelehrte Talmudisten und suchen, suchen, ob in der SAP-Presse da ein Wörtchen auslegungsfähig ist, ob dort ein Komma usw. fehlt. Und wenn sie trotz größter Mühe gar nichts finden, dann wird eben verbogen und „Reformismus“ konstruiert.

So hat die „Arbeiterpolitik“ vom 9. April der SAP unterschoben, daß sie mit ihrer Losung „Arbeiterregierung“ eine sozialdemokratisch-kommunistische Parlaments-Regierung oder gar nur die Unterstützung der SPD-Koalitionspolitik wolle. Wir haben das widerlegt durch den Wortlaut unseres Aktionsprogramms, daß sich die Arbeiterregierung nicht auf das Parlament, sondern nur auf außerparlamentarische Machtorgane, auf Arbeiterräte stützen kann. Was machen daraus unsere Talmudisten in ihrer „Arpo“ vom 16. April? Sie fragen: „Aber stützten sich Kerenski, Noske, Ebert nicht auch auf Arbeiterräte?“ — Auf eine solche Argumentation einzugehen, überlassen wir Leuten, die sonst nichts zu tun haben.

Die „Arpo“ entdeckte unseren „Reformismus“, weil wir für eine sich inzwischen als unmöglich erwiesene Rotstimmungsverbindung mit der KPD und SPD eintraten. Wir wiesen ihnen nach, daß die KPD 1929 in Sachsen der SPD ebenfalls Listenverbindung anbot. Mit was für einer geistreichen „Theorie“ ant-

worten unsere Revolutionsprofessoren? „Die SAZ vergißt den wesentlichen (!) Unterschied, daß die SPD 1929 nicht in der sächsischen Regierung saß.“ Also mit SPD-Weis im Reichstag, wo die SPD nicht in der Reichsregierung sitzt, könnte man Listenverbindung machen, nicht aber mit der SPD in Preußen!! Ob solcher „Grundsatzfestigkeit“ lachen die Hühner.

Unter der geistreichen Überschrift „Irmgard macht einen Eingriff“ wird im Artikel des Genossen J. Rasch in der SAZ vom 12. April der „Reformismus“ darin entdeckt, daß dort gefordert wird:

„Enteignung aller stillgelegten kapitalistischen Betriebe und ihre Inangabe auf Staatskosten unter Kontrolle und Leitung der Arbeiterklasse.“

Doch in derselben Nummer der „Arpo“ heißt es im „Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD-O“:

„Bei Stilllegungen Kampf für die Weiterführung der Betriebe unter Kontrolle und Leitung der Arbeiter und Angestellten und mit Hilfe von staatlichen Krediten.“

Mögen die Silbenstecher und typischen Sektenerulanten in der „Arpo“ selber feststellen, wo hier der Unterschied liegt. Die übrigen KPD-Mitglieder aber mögen daraus erkennen, wie unfruchtbar und für den wirklichen revolutionären Massenkampf sinnlos die ganze KPD-Tätigkeit geworden ist. Wollen sie mithelfen an der Herstellung einer revolutionären Klassenfront, dann können sie das nur mit uns, in den Reihen der SAP.

## Genossen!

# Sammelt Wahlpulver!

# Borniertheit als Prinzip?

Eine Erwiderung von Walter Fabian

Ein in der „SAZ“ vom 31. März 1931 veröffentlichter Aufsatz mit der Unterschrift „Diktatur der Idee“ hat der Redaktion eine Reihe Erwiderungen eingebracht. Wir drucken nachstehend eine davon ab. Redaktion der „SAZ“.

Am 31. März veröffentlichte die „SAZ“ einen Artikel „Diktatur der Idee“ von Ernst Fischer. Dieser Aufsatz enthält eine Reihe ausgezeichneter Gedanken, er ist mitreißend geschrieben — aber ich finde in ihm auch einiges, das nicht unwidersprochen bleiben darf.

Fischer fordert, daß jeder kämpfende Sozialist die Diktatur der Idee über sich auftrichte, daß es für ihn nur noch den Kampf für den Sozialismus geben dürfe, ohne Vorbehalte, ohne Zugeständnisse, ohne innere Zweifel. Alles, was nicht unmittelbar dazu gehöre, gehe uns nichts an, sei sogar zu verneinen. Die Kultur sei für manchen Sozialisten eine Gefahr, sie lenke ab, schlafe ein, täusche über Erbarmlichkeiten der Gesellschaftsordnung hinweg. Fanatiker brauchten wir, Menschen, die heute alles nur schwarzweiß sehen, alles nur in großen Linien. Der Sozialismus werde nicht siegen durch die Ueberlegenheit seiner Argumente, sondern durch den Fanatismus seiner Anhänger, durch die fanatische Unbedingtheit, mit der wir an unseren Grundsätzen festhalten, wenn sich auch nicht alle Erscheinungen des Gesellschaftslebens durch sie erklären ließen. Alles Persönliche aber trete immer mehr zurück.

Dies sind die wichtigsten Gedanken des Fischers Aufsatzes. Sie haben etwas Bestechendes, und doch sind sie, besonders in ihrer zugespitzten Formulierung, höchst bedenklich. Beginnen wir bei der Behauptung, der Sozialismus werde durch den Fanatismus seiner Anhänger (nicht durch die Ueberlegenheit seiner Argumente) siegen. Gewiß wird der Sieg des Sozialismus nicht allein durch die Ueberlegenheit seiner Argumente (die ja überhaupt nur der ideologische Ueberbau der gesellschaftlichen Position der Arbeiterklasse sind) erreicht werden, aber ganz gewiß auch nicht allein oder auch nur in erster Linie durch den Fanatismus seiner Anhänger. „Fanatische“ Sozialisten hat es seit Jahrtausenden gegeben, ich vermute z. B., daß Spartakus mindestens so „fanatisch“ war wie Marx oder Lenin, und doch hat er und haben viele andere „Fanatiker“, d. h. rein und mit ganzem Herzen der Sache der Unterdrückten hingegobene Menschen verhältnismäßig wenig für den Sieg des Sozialismus leisten können. Es ist aber auch irreführend, einfache und komplizierte Grundsätze in dem Sinne einander gegenüberzustellen, als ob nur die komplizierten in stände wären, alle Erscheinungen des Gesellschaftslebens zu erklären — da aber die komplizierten für Fanatiker nicht brauchbar seien, müßten wir uns eben damit abfinden, nicht alle Erscheinungen des Gesellschaftslebens erklären zu können. Nein, es ist gerade die welthistorische Leistung des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus, mit ganz wenigen, in ihrer Genialität einfachen Grundgedanken tatsächlich alle Erscheinungen des Gesellschaftslebens in ihren Zusammenhängen, in ihrer Ursächlichkeit, in ihrer geschichtlichen Bedingtheit erklärt zu haben. Diese Grundgedanken sind — das lehrt uns jeder Tag neu — heute noch so wahr und so aufhellend wie

vor achtzig Jahren; sie erfordern allerdings von uns selbständiges Weiterdenken, Weiterforschen — und dazu ist freilich Fanatismus allein kein ausreichendes geistiges Fundament.

Dennoch: Fischers Ruf nach Fanatismus ist durchaus zu begrüßen. Aber ist Fanatismus nur möglich in Verbindung mit jener Selbstbeschränkung, jener prinzipiellen Borniertheit (Begrenztheit), die Fischer fordert? „Aber wenn man einmal diese Diskussion mit sich selbst geführt hat, ohne Schonung und ohne Rückhalt, muß sie mit einem Resultat enden, das keinen Zweifel mehr duldet.“ Soll wirklich der Zweifel in der eigenen Brust vorfermt werden? Werden wir nicht immer wieder Nächte, Tage, Wochen haben, in denen wir zweifeln, in denen alles ins Schwanken zu kommen droht, in denen sich — jawohl! — die bange Frage erhebt, ob wir vielleicht seit zehn oder zwanzig oder dreißig Jahren für ein Phantom kämpfen? Können, sollen, dürfen wir solche Zweifel im Keim ertücken, durch Fanatismus übertönen — oder wollen wir sie nicht mit all ihrer Bitterkeit, all ihrer Qual bis in den letzten Winkel verfolgen, bis zur letzten Konsequenz durchdenken? Bringen uns nicht gerade diese inneren Kämpfe immer wieder denen nahe, die noch nicht an die Sache des Sozialismus glauben und die wir erst zu gewinnen haben?

Fischer will uns vor all diesen Anfechtungen bewahren (in bester Absicht; damit wir unsere volle Kraft für den Sozialismus einsetzen können), und er glaubt dieses Ziel am besten dadurch erreichen zu können, daß er uns auffordert, allem, was nicht unmittelbar zum Sozialismus führt, fern zu bleiben. Die Kultur als Gefahr für manchen Sozialisten — gewiß ist daran etwas Richtiges, aber schließlich ist die ganze Welt voller Gefahren und Anfechtungen, und bei uns steht es, mit ihnen zu kämpfen — nicht ihnen auszuweichen. Scheuklappen schützen wohl vor großen Sonnenstrahlen und irritieren den Anblick, aber wenn sie unvermutet heruntergleiten, ist der bis dahin Beschirmte um so hilfloser. Ist es nicht ein Zeichen von Schwäche, von zu geringem Vertrauen in die Idee des Sozialismus, solche künstliche Absperrung zu fordern?

Doch ich gehe noch einen Schritt weiter: gerade Kulturlosigkeit kann eine ungeheure Gefahr sein. Es ist einfach nicht wahr, daß diejenigen, die auf alles Schöne dieser Welt, auf Musik und Dichtung und bildende Kunst und Theater und was weiß ich Verzicht geleistet haben, nun garantiert die tüchtigsten Kämpfer für den Sozialismus sind. Allzu oft ist das Gegenteil der Fall! Ganz abgesehen einmal davon, daß ein volles Verständnis der Zeit und der Zeitgenossen ohne möglichst intime (natürlich kritische) Kenntnis auch ihres kulturellen Gesichtes gar nicht denkbar ist — wie häufig finden wir in diesen „bornierten“ Politikern, die nur die Politik und keinerlei anderen Lebensinhalt besitzen, jene im Grunde eiskalten Machtmenschen, die in allererster Linie nach persönlicher Macht, persönlichem Einfluß gieren, um irgendwie ihre innere Unruhe und Unzufriedenheit zu übertönen. Sollte dieses so oft zu beobachtende Zusammentreffen von Borniertheit und Machtstreben wirklich nur Zufall sein? Oder ist es nicht vielmehr so, daß der wahre Fanatiker, also der mit allen Fasern seines Herzens der

Sache der Unterdrückten hingegobene, in der Regel auch anderem aufgeschlossen sein muß, in dem menschlichen Erleben, Leiden, Jubel Ausdruck gefunden haben? Daß er aus Musik, Versen, dem Anblick eines monumentalen Baus, dem Erlebnis einer Landschaft, der individuellen Gemeinschaft, jawohl, der ganz persönlichen Verbundenheit mit einem anderen Menschen neue Kraft gewinnt für den Kampf? So ist das Leben — und nicht so, wie es (sehr wohlgesinnt!) Diktatoren der Idee konstruieren. Ganz zwangsläufig ist der Kämpfer für den Sozialismus zu einer sehr starken (oft genug schmerzlich empfundenen) Einseitigkeit, zum Verzicht auf unendlich viel Wertvolles und Beglückendes genötigt: das ist unser Schicksal, das wir (manchmal unter Schmerzen) ertragen — aber die Borniertheit zum Prinzip zu erheben, lehnen wir ab.

Schließlich ist es auch nicht wahr, daß das Persönliche immer mehr zurücktreten müßte. Es ist durchaus abstrakt, Kampf für den Sozialismus und Persönliches in unüberwindbaren Gegensatz zu stellen. Gewiß werden sich — bei unserer Unvollkommenheit und noch mehr angesichts der Unvollkommenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse — heute tausend Reibungen und Konflikte ergeben, aber das Ziel ist nicht, das Persönliche durch das Ueberpersönliche zu erschlagen, sondern beides in immer reinerer Harmonie zu verbinden; alles Persönliche zu veredeln durch die Verbundenheit mit dem Ueberpersönlichen — und dem Kampf für das Ueberpersönliche immer neue Kräfte zuzuführen aus den ewigen Quellen des Persönlichen, des in Jahrzehnten inneren Ringens, Zweifels, Erlebens gebildeten individuellen Charakters.

Ernst Fischer schließt seinen Aufsatz, etwas unvermittelt, mit der schönen Forderung, neben dem Fanatismus die Heiterkeit zu stellen. Wahre Heiterkeit erwächst aber nur aus ständig neu selbst errungener tiefer Kenntnis eines möglichst großen Ausschnittes alles Menschlichen, des Erhabenen und des Lächerlichen, der Höhen und der Tiefen. Nur dann versteht man das so einfache und so große Wort richtig, das Rosa Luxemburg — die tapferste Kämpferin und vielseitigste Lebenskünstlerin — nach einem erschütternden Erlebnis in einem ihrer Gefängnisbriefe schreibt: „Seien Sie trotz allem froh und heiter. So ist das Leben, und so muß man es nehmen: tapfer, unverzagt und lächelnd, trotz alledem.“

## Justizskandal

Keine Wiederaufnahme im Mordprozeß Hoppen

Frankfurt a. M., 16. April 1932.

Der Strafsenat des Oberverwaltungsgerichts in Frankfurt a. M. hat die Beschwerde der Verteidigung gegen die Ablehnung des Wiederaufnahmeantrags im Mordprozeß Hoppen durch das Landgericht Neuwied verworfen. Die Gründe dieser Entscheidung sind noch nicht bekannt.

Es handelt sich um den gestern gemeldeten Fall des Händlers Jakob Hoppen aus Breitscheid im Westerwald, der 1926 wegen angeblicher Ermordung zweier Duisburger Händler im Juli 1919, also sieben Jahre nach der Tat, zweimal zum Tode verurteilt worden ist. Inzwischen angestellte Ermittlungen

hatten den dringenden Verdacht ergeben, daß Hoppen, der immer seine Unschuld beteuert hatte, für eine Tat büßt, die in Wirklichkeit ein Sergeant Sineddy von der amerikanischen Besatzungsarmee begangen haben soll. Die Verteidigung beabsichtigt, diesen Fall vor die Parlamente zu bringen. Darüber hinaus muß ein Massenprotest die skandalöse Entscheidung der Richter von Frankfurt beantworten.

## Schweres Explosionsunglück in Columbus

New York, 15. April 1932.

In Columbus (Ohio) wurde das Innere des neuen staatlichen Bürogebäudes, dessen Bau fünf Millionen Dollar gekostet hat, durch eine Explosion völlig zerstört. Wahrscheinlich ist das Unglück durch auströmendes Gas herbeigeführt worden. Bisher wurden neun Tote und 50 Verletzte festgestellt. Zur Zeit der Explosion waren 126 Arbeiter im Erdgeschoß des Bürogebäudes beschäftigt. Alle wurden unter den Trümmern begraben. Die Bergungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig.

## Die Ueberschwemmungskatastrophe in Südslawien

Belgrad, 15. April 1932.

Die Ueberschwemmungen in Südslawien nehmen immer gefährlichere Ausmaße an. Außer Save und Theiß ist jetzt auch die Donau über die Ufer getreten, so daß das Wasser von allen Seiten die Tiefebene im Norden des Landes überflutet. Das Wasser steigt so rasch, daß mehrere Dörfer nicht geräumt werden konnten. Das Schicksal der Bevölkerung ist ungewiß. Im Savegebiet mußten weitere 17 000 Menschen ihre Heimstätten verlassen, so daß jetzt die Zahl der Obdachlosen in diesem verhältnismäßig kleinen Abschnitt allein 32 000 beträgt. Der Wasserstand der Theiß ist um eineinhalb Meter höher, als der seit Menschengedenken verzeichnete Höchststand. In ganz Südslawien fällt ununterbrochen Regen und Schnee. Mehrere 10 000 Menschen arbeiten fieberhaft an der Verstärkung der Dämme.

## Noch keine Ruhe

Buenos Aires, 15. April 1932.

Der neue Ausbruch des Vulkans Quizapo beunruhigt die Bevölkerung der umliegenden Gebiete sehr stark. Breite Lavaströme fließen zu Tal. Auch andere Vulkane sind erneut in Tätigkeit getreten. Die Stadt Cordoba in Argentinien ist durch ein starkes Erdbeben erschüttert worden.

Santiago, 15. April 1932.

Nach amtlichen Mitteilungen der chilenischen Regierung haben die Vulkanausbrüche auf chilenischer Seite der Anden bisher keinerlei Menschenleben gefordert. Der Vulkan Planchon, der bisher vollkommen ruhig war, ist plötzlich in Tätigkeit getreten. Die Stadt Santiago wurde dabei von starken Erdstößen erschüttert.

## Holländisches Flugboot abgestürzt

London, 15. April 1932.

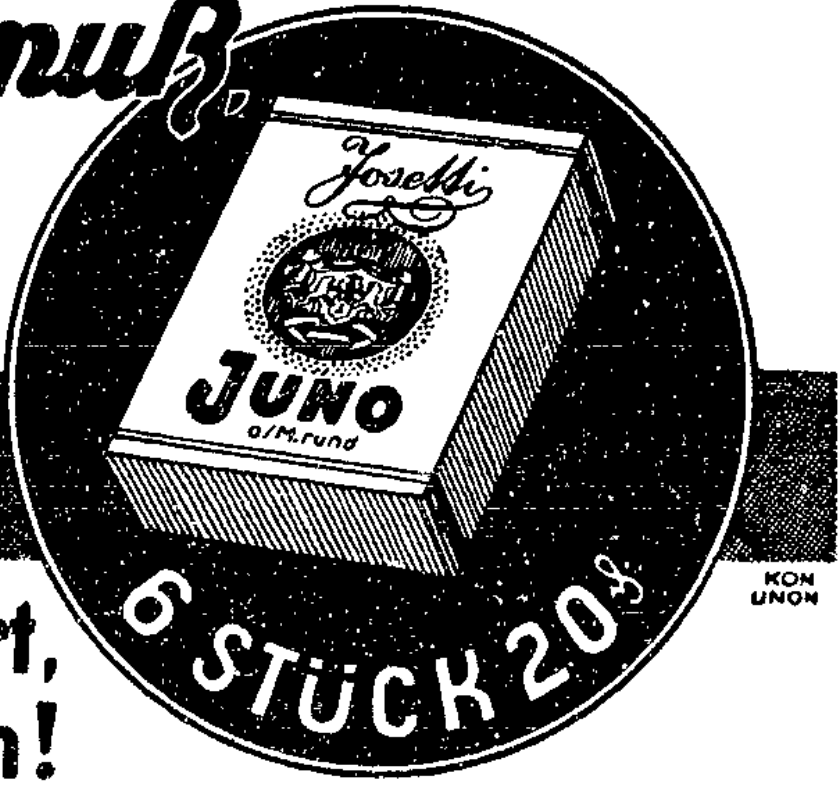
Bei Surabaya (Java) stürzte ein holländisches Dornierflugboot in der Nacht zum Freitag während eines Probefluges in das Meer. Die Maschine fing Feuer und sank. Drei Mann der Besatzung werden vermißt. Der vierte wurde mit schweren Verletzungen geborgen und starb nach kurzer Zeit.

Weil uns das Interesse des Rauchers am höchsten stehen muß

verzichten wir darauf, unsere Juno durch Beilegen von Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien zu verteuern!

# Juno

enthält den vollen Tabakwert, wie Sie ihn verlangen können!











# SAP und Gewerkschaften

## Die vom Parteitag gegen wenige Stimmen angenommene Resolution für die Arbeit in den Gewerkschaften

### I.

Die Verschärfung der kapitalistischen Wirtschaftskrise treibt die herrschende Klasse zu immer schwereren Angriffen auf die Lebenshaltung des Proletariats. In jahrzehntelangen Kämpfen erarbeitete und eroberte Positionen der Arbeiterklasse fallen Stück für Stück dem Kapitalangriff zum Opfer.

### II.

Während früher der Kampf gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger vom Privatunternehmertum und seinen Verbündeten direkt, wenn auch mit Unterstützung der Regierung, geführt wurde, hat nunmehr die Regierung die Rolle des Lohnräubers selbst übernommen. Angefangen mit der planmäßigen Herabsetzung der Löhne mittels der staatlichen Zwangsschlichtung, hat die Regierung durch immer neue Notverordnungen die Löhne und Gehälter ohne Rücksicht auf geltende Tarifverträge generell für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte um zirka 1/2 herabgedrückt, die Sozialunterstützungen radikal abgebaut und zu einem großen Teil gänzlich beseitigt.

### III.

Mit diesen diktatorischen Eingriffen in bestehende Tarife wird der Wesenskern des Tarifrechtes zerstört, mit der damit zusammenhängenden faktischen Beseitigung des Streikrechtes wird der wesentlichste Bestandteil des Koalitionsrechtes aufgehoben. Das bedeutet, die Gewerkschaften ihrer wichtigsten Funktionen zu berauben, was schließlich zu ihrer inneren Aushöhlung führen muß. Dazu kommt die wachsende Finanzkrise der Gewerkschaften.

### IV.

Die schwere Krise der Gewerkschaften hat aber noch andere und tiefere Ursachen. Einer der wesentlichsten Gründe liegt in der Tatsache, daß sich die Gewerkschaften unter ihrer reformistischen Führung als unfähig erweisen, ihre Mitglieder gegen die zunehmende Verelendung ausreichend zu schützen. Die Gewerkschaften befinden sich nicht nur gegenüber den Angriffen auf Lohn und Gehalt in einer Defensivstellung von geradezu kläglicher Ohnmacht, sie versagen auch im Kampf um die Sicherung des Tarif- und Koalitionsrechtes. Das aber bedeutet ein Versagen in der Verteidigung der Existenzgrundlagen der Gewerkschaften.

### V.

Die Ursache dieses Versagens der Gewerkschaften liegt darin, daß ihre reformistische Führung auf Gedeih und Verderb mit dem heutigen kapitalistischen Staat verbunden ist und daß sie infolgedessen dieselbe Regierung toleriert und verteidigt, die den Lohn und Unterstützungsraub durchführt. Aus Furcht vor den revolutionären Konsequenzen lehnen die reformistischen Gewerkschaftsführer den Einsatz der gewerkschaftlichen Machtmittel im politischen Kampf ab, dadurch lähmen und verhindern sie nicht nur den notwendigen Kampf gegen den Lohnraub, ihr Verhalten hat auch eine schwere Diskreditierung der Gewerkschaften in den breiten Massen zur Folge.

### VI.

Angeblich soll mit der Duldung und Unterstützung der arbeitfeindlichen Politik der Brüningregierung der Faschismus verhindert werden. In Wirklichkeit wird gerade durch diese Politik der Faschismus objektiv in unerhörter Weise begünstigt. Die Unterstützung der zur Erhaltung des kapitalistischen Systems erforderlichen arbeitfeindlichen Politik der Brüningregierung liefert den Faschisten die billigsten Argumente für ihre demagogische Propaganda. Die Fortsetzung dieser Politik muß zwangsläufig zum Siege des Faschismus und damit nicht nur zu einer unerhörten Verschlechterung der Lebensbedingungen des Proletariats, sondern auch zur Vernichtung der Gewerkschaften, wie überhaupt zur Vernichtung der organisierten Arbeiterbewegung führen.

### VII.

Die Verteidigung der Lebensinteressen des Proletariats wie auch die Verteidigung der Gewerkschaften selbst, machen daher einen radikalen Kurswechsel der Gewerkschaften zur zwingenden Notwendigkeit. Die wirtschaftliche und politische Lage des Kapitalismus ist so, daß der Kampf um das Stück Brot nur dann noch erfolgreich zu führen ist, wenn ohne Rücksicht auf die revolutionäre Konsequenzen

alle verfügbaren Machtmittel gegen Unternehmertum und Regierung eingesetzt werden. Daraus folgt, daß sich heute nur noch eine revolutionäre Orientierung der Gewerkschaften mit den Interessen der Massen der Gewerkschaftsmitglieder wie mit der Existenz der Gewerkschaften selbst, in Einklang bringen läßt. Es muß alles getan werden, um die Gewerkschaften vor dem drohenden Untergang zu retten und sie wieder zur Erfüllung ihrer großen Aufgaben zu befähigen.

### VIII.

Trotz der katastrophalen Auswirkungen des reformistischen Gewerkschaftskurses sind die Gewerkschaften heute noch das letzte große Bollwerk der Arbeiterklasse. Ihre Erhaltung, Aktivierung und Kräftigung ist die entscheidende Vorbedingung eines erfolgreichen Abwehr- und Angriffskampfes gegen die Sozialreaktion und Faschismus. Die SAP verpflichtet ihre Mitglieder, sich mit aller Kraft für die Verteidigung und Stärkung der freien Gewerkschaften einzusetzen.

### IX.

Obwohl die demoralisierenden und lähmenden Wirkungen der reformistischen Führung unverkennbar sind, ist in den breiten Massen der Gewerkschaftsmitglieder noch eine große Kampfbereitschaft vorhanden. Mit der Bildung der sogenannten „Eisernen Front“ ist es den reformistischen Führern wieder einmal gelungen, dem Kampfwillen breiter Massen eine Scheinbefriedigung zu gewähren und ihn so lahm zu legen.

Es ist Aufgabe der Mitglieder der SAP, den Klassengenossen in der „Eisernen Front“ klarzumachen, daß der Faschismus seinen Hauptantrieb vom niederbrechenden Kapitalismus und der dadurch bedingten Verelendung erhält und daß daher der Kampf gegen den Faschismus auf die Dauer nur erfolgreich sein kann, wenn er zugleich ein Kampf ist gegen Lohnraub und Notverordnungen, gegen die Brüningregierung und gegen den Kapitalismus überhaupt. Da sich die reformistischen Führer der „Eisernen Front“ die Erhaltung und Beschützung des gegenwärtigen Staates zur Aufgabe stellen, muß die „Eiserne Front“ trotz aller Opferwilligkeit eines Teiles ihrer Mitglieder im Kampf gegen den Faschismus schmählich versagen. Darüber hinaus muß sich jeder Arbeiter klar sein, daß zur Niederwerfung des Faschismus die Kraft einer Partei nicht ausreicht, sondern daß die Kraft der gesamten Arbeiterklasse erforderlich ist.

### X.

Der dringend notwendige Kurswechsel in den Gewerkschaften kann jedoch nicht durch eine Politik im Sinne der RGO herbeigeführt werden. Ueberreiche Erfahrung beweist, daß durch die Gründung von Splittergewerkschaften, durch die Versuche, die gewerkschaftlichen Kämpfe ohne und gegen die Gewerkschaften zu führen, die katastrophale Situation in den Gewerkschaften nicht gebessert, sondern verschlechtert wird. Die verschiedenen RGO-Organisationen sind hilflose Gebilde, außerstande, die hochgespannten Erwartungen ihrer Mitglieder zu befriedigen. Im Endeffekt läuft die RGO-Politik auf eine Förderung der Spaltung der Arbeiterbewegung, auf eine Begünstigung der Passivität, auf die Vernichtung der Opposition innerhalb der Gewerkschaften und somit auf eine Stärkung des Reformismus hinaus.

### XI.

Der notwendige Kurswechsel kann nur innerhalb der Gewerkschaften von den Mitgliedern selbst erzwungen werden. Für den Kampf um diesen Kurswechsel sind heute die objektiven Bedingungen besonders günstig. Der größte Teil der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist mit der Lage aufs höchste unzufrieden. Es gilt, diese Unzufriedenheit, die sich bis tief hinein in die Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre erstreckt, auszuwerten, und die Gewerkschaftsmitglieder von der Notwendigkeit einer radikalen Kursänderung zu überzeugen. Um das zu erreichen, muß durch eine zielklare Politik der Gewerkschaftsopposition die Masse der Gewerkschaftsmitglieder aufgerüttelt und ihr sowohl für die Revolutionierungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften wie für den erfolgreichen Kampf gegen das Kapital ein gangbarer Weg aufgezeigt werden.

### XII.

Die Bedingungen für den gewerkschaftlichen Kampf haben sich in der Niedergangsepoche des Kapitalismus grundlegend verändert. Angesichts der kolossalen Kapital-

konzentration, einer nach vielen Millionen zählenden Armee von Erwerbslosen und Kurzarbeitern ist der rein gewerkschaftliche Kampf, der sich nur gegen einen einzelnen Unternehmer oder gegen eine Gruppe von Unternehmern richtet, in den meisten Fällen aussichtslos. In dem Maße jedoch, in dem sich die Chancen des nur gewerkschaftlichen Kampfes verschlechterten, hat sich die Stoßkraft der Gewerkschaften aus dem politischen Gebiet verstärkt. Die Voraussetzungen für das Zustandekommen politischer Massenaktionen haben sich gerade infolge des kapitalistischen Niederganges wesentlich günstiger gestaltet, denn das ganze kapitalistische System ist so zermürbt und in seinen Grundfesten erschüttert, daß es einer entschlossenen Massenaktion, die auch vor politisch-revolutionären Konsequenzen nicht zurückschreckt, nur sehr schwer standhalten kann. Diese Tatsache muß von den Gewerkschaften planmäßig und konsequent ausgewertet werden. Sie müssen systematisch den Kampf der Arbeitermassen gegen Lohnraub, gegen den Abbau der sozialen Rechte und Unterstützungen über den engen gewerkschaftlichen Rahmen hinausführen und ihn zu einem politischen machen. Die Gewerkschaften als Sachverwalter der Interessen der Arbeiterklasse dürfen sich nicht von irgendwelchen Rücksichten auf die kapitalistische Wirtschaft und den kapitalistischen Staat hemmen lassen. Weder die Existenz und Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Industrie, noch die Tragfähigkeit der staatlichen Finanzwirtschaft dürfen für den gewerkschaftlichen Kampf bestimmend sein, sondern allein die Grenzen der Not, die das Proletariat nicht ertragen kann und nicht ertragen darf. Die Gewerkschaften können die Interessen des Proletariats nur dann mit Erfolg verteidigen, das Vertrauen der Arbeitermassen gewinnen und erhalten, wenn sie sich in ihrem Kampf ausschließlich von den Interessen des Proletariats leiten lassen und die dazu notwendigen Kämpfe führen, ohne jegliche Rücksicht auf die daraus resultierenden revolutionären Konsequenzen.

### XIII.

Es handelte sich bei der notwendigen Ueberleitung der Gewerkschaftskämpfe in politische Massenaktionen, die nicht durch einfache Zusammenfassungen der Lohnbewegungen, sondern durch eine entsprechende Zielsetzung zu erreichen ist, nicht darum, den Gewerkschaften wesensfremde Aufgaben zu stellen. Es handelt sich vielmehr darum, daß die Gewerkschaften ihre ureigenen Aufgaben nur noch erfüllen können, wenn sie ihre Macht im politischen Kampfe einsetzen. Die Erringung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich ist beispielsweise im rein gewerkschaftlichen Kampf heute in den meisten Fällen eine aussichtslose Sache, wohingegen es keines Beweises bedarf, daß die vereinte Kraft der Gewerkschaften ausreichen würde, um im entschlossenen außerparlamentarischen Kampf für die gesetzliche 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich jeder beliebigen Regierung vor die Alternative zu stellen, entweder diese Forderung durchzuführen oder abzutreten.

### XIV.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Ueberleitung des gewerkschaftlichen Kampfes auf das politische Gebiet darf keinen Verzicht auf den gewerkschaftlichen

Einzelkampf bedeuten. Trotz Krise und wirtschaftlicher Uebermacht der Unternehmer gibt es auch heute noch eine Fülle von Möglichkeiten (Lebenswichtigkeit bestimmter Betriebe, eilige Aufträge, Saisoneinflüsse), erfolgreiche Einzelkämpfe zu führen. Jede derartige Möglichkeit gilt es entschlossen auszunutzen. Hierbei muß man sich der Wechselwirkung, die zwischen politischen Massenaktionen und gewerkschaftlichen Teilkämpfen bestehen, bewußt sein. Je entschlossener und zielsicherer die gewerkschaftlichen Machtmittel im politischen Kampf eingesetzt werden, desto größer wird die Möglichkeit, in gewerkschaftlichen Teilkämpfen für die Arbeiterschaft herauszuholen, was innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt noch herauszuholen ist. Andererseits lehrt die Erfahrung, daß entschlossen geführte Einzelkämpfe in politisch zugespitzten Situationen zur Auslösung politischer Massenaktionen führen können.

### XV.

Die ständig wachsende Erwerbslosigkeit bei fortgesetztem brutalem Abbau der Unterstützungsätze droht die Erwerbslosenarmee in eine Armee von direkten Lohndrückern zu verwandeln. Es zeigt sich so gerade in der Krise die Notwendigkeit der Interessensolidarität zwischen denen, die noch im Produktionsprozeß beschäftigt sind und den Erwerbslosen. Der Kampf für eine ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen ist daher gleichzeitig ein Kampf zur Sicherung des Lebensstandards der beschäftigten Arbeiter. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, ihre Machtmittel zur Durchsetzung der Erwerbslosenforderungen einzusetzen und zugleich die Erwerbslosen selbst in diesen Kampf einzureihen. Das erfordert, daß die erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder zur aktiven Gewerkschaftsarbeit herangezogen werden.

### XVI.

Jeder Genosse muß sich in seiner Gewerkschaft für weitgehende innergewerkschaftliche Demokratie einsetzen für die Wahl aller auch der obersten Gewerkschaftsfunktionäre durch die Mitglieder selbst, für Urabstimmungen bei den Wahlen der Ortsverwaltungen und Verbandsdelegierten.

Es gilt ferner zu kämpfen gegen Ausschlüsse, die nur wegen oppositioneller Gesinnung und Betätigung erfolgen, sowie für die Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen, die bereit sind, im Rahmen der Gewerkschaften für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Um die heute der revolutionären Arbeiterschaft gestellten Aufgaben in den Gewerkschaften erfüllen zu können, ist es notwendig, daß die revolutionär gesinnten Mitglieder in jeder Gewerkschaft einheitlich und geschlossen auftreten. Zu diesem Zweck müssen sich die Parteimitglieder in allen Verbänden zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen. Das ist notwendig, um die konkreten Aufgaben in den einzelnen Gewerkschaften gemeinsam herauszuarbeiten und ein einheitliches Auftreten in allen Fragen und bei allen Gelegenheiten zu ermöglichen. Darüber hinaus gilt es, alle oppositionellen Arbeiter, die gewillt sind, den Kampf für die Revolutionierung, Stärkung und Rettung der Gewerkschaften mitzumachen, zusammenzufassen, um einen möglichst breiten linken Flügel in der Gewerkschaftsbewegung zustande zu bringen.

## GDA als Lohnräuber

In der dem GdA gehörenden Druckerei R. Boll G.m.b.H. übermittelten die Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsbundes der Angestellten Vorschläge zum Abbau des übertariflichen Lohnes von 50 Prozent. Weiter sollte die Arbeitszeit von 45 auf 48 Stunden erhöht werden und die Wochenszeit in Wegfall kommen.

Der Arbeiterrat und ebenso die Belegschaft lehnte das Ansinnen einstimmig als undiskutabel ab. Darauf wurde von der Geschäftsleitung der gesamten Belegschaft zwecks Durchführung der Verschlechterung zum 1. April gekündigt. Infolge des geschlossenen Widerstandes der Belegschaft wurde dann kurz vor Ablauf die Kündigung zurückgenommen.

Da also die Geschäftsleitung auf diesem Wege ihr Ziel nicht erreichte, versuchte sie jetzt durch Einzelkündigungen und Herabsetzung ihrer Abbauforderung von 50 auf 35 Prozent ihre Pläne durchzusetzen. Sie kündigte 18 Kollegen der etwa 200 Mann starken Belegschaft mit der Maßgabe, daß sie weiterbeschäftigt werden, wenn sie sich mit dem

Lohnabbau einverstanden erklären. Daraufhin erklärte sich die gesamte Belegschaft solidarisch mit den Gekündigten und reichte geschlossen die Gegenkündigung ein.

Die Empörung der Kollegen ist um so größer, als sie tagtäglich die verschiedenen Schriften des GdA zu drucken haben, worin immer wieder unter dem Motto: „Schluß mit dem Lohnabbau“ gegen den fortgesetzten Lohnraub Stellung genommen wird.

## Russen in Charbin verhaftet

Nach einer Meldung der „Tass“ hat die mandschurische Polizei am Donnerstag 32 Sowjetrussen verhaftet, die beschuldigt werden, den Anschlag auf die Brücke über den Sungari-Fluß verübt zu haben. Die verhafteten Russen würden sehr streng behandelt und hätten sich noch nicht mit dem sowjetrussischen Konsulat in Verbindung setzen können. Die „Tass“ meldet weiter, daß die sowjetrussischen Behörden an der chinesischen Ostbahn sich die erdenkliche Mühe gegeben hätten, den Vorfall zu klären. Dies sei aber nicht gelungen, weil Weißgardisten die Zulassung russischer Vertreter verweigerten.